9. "Die Wahrheit über Sowjetrußland": Sozialdemokratische Perspektiven 1924–1927

In der Mitte der 20er Jahre erblickte die SPD die großen Chancen der deutschen Außenpolitik im Westen. Der Sowjetunion wandte sie den Rücken zu, nicht ohne indes stets mißtrauisch über die Schulter zu blicken. Da das "sowjetische Modell" nach wie vor eine große Anziehungskraft auf die deutsche Arbeiterschaft ausübte, sah sich die SPD aber auch immer wieder gezwungen, eigene Antworten auf Entwicklungen in der UdSSR zu geben.

Die Solowezkij-Gefangenen und der georgische Aufstand

Als im Sommer 1923 die Auslandsdelegation der Sozialrevolutionäre die Mitgliedsparteien der SAI bat, zum Jahrestag der Verurteilung der inhaftierten Sozialrevolutionäre eine Kampagne für deren Freilassung zu organisieren¹, blieb der Appell im krisengeschüttelten Deutschland ohne Widerhall. Dagegegen nutzte die Labour Party ihren infolge ihres Wahlerfolgs vom Dezember 1923 stark gestiegenen Einfluß für eine Initiative zugunsten der verurteilten Sozialrevolutionäre aus. Die Sowjetregierung war angesichts der bevorstehenden Regierungsübernahme von Labour und ihrer dann zu erwartenden diplomatischen Anerkennung auf ein gutes Verhältnis zur britischer Arbeiterpartei bedacht. Daher konnte Tom Shaw, einer der beiden Sekretäre der SAI, im Dezember in einem Gespräch mit dem sowjetischen Regierungsvertreter Rakovskij in London Erleichterungen für die gefangenen Sozialrevolutionäre erreichen. Die sowjetische Regierung verkündete am 24. Januar 1924 die Umwandlung der zwölf Todesurteile in Haftstrafen von fünf Jahren Gefängnis. Die verhängten zehnjährigen Freiheitsstrafen wurden halbiert. Anschließend sollten die Gefangenen drei Jahre innere Verbannung verbüßen. Sie stellten keine Gefahr mehr dar, hieß es zur Begründung².

Während die prominenten Sozialrevolutionäre aus Rücksicht auf eine künftige Labour-Regierung begnadigt wurden, verschärften sich zugleich die allgemeinen Bedingungen für die politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Am 31. Januar berichtete die Leipziger Volkszeitung von einem "Massenmord auf den Solowietzki-Inseln". Dort sei Anfang Januar auf politische Gefangene geschossen worden³. Tatsächlich hatten sich die Vorgänge schon am 19. Dezember 1923 ereignet. Die Solowezkij-Inseln im Weißen Meer, die im Winterhalbjahr völlig vom Festland abgeschnitten waren, hatte die Sowjetregierung zu einem großen Deportationslager ausbauen lassen. Neben Tausenden von Kriminellen und "Konterrevolutionären" befand sich dort in einer alten Einsiedelei auch eine Gruppe von einigen hundert politischen Gefangenen, das heißt nach damaligem sowjetischem Sprachgebrauch: Angehörigen oppositioneller sozialistischer

¹ Archiv SAI, 2594/10.

² Protokoll Zweiter SAI-Kongreß, S. 41; Jansen, Show Trial, S. 170. Sergej Morozov, einer der zum Tode Verurteilten, hatte zuvor in der Haft Selbstmord begangen. Die anderen Angeklagten des SR-Prozesses kamen in der Zeit von Stalins "großen Säuberungen" ums Leben; ebenda, S. 179ff.

³ LVZ Nr. 26 vom 31. 1. 1924.

Parteien und anarchistischer Gruppen⁴. Die politischen Gefangenen organisierten sich gemäß alten Traditionen aus zaristischer Zeit in Fraktionen und waren auf die Wahrung ihrer Rechte bedacht. Der Verwaltungsdirektor der Solowezkij-Lager, Nogtev, dagegen wollte auch sie schrittweise dem allgemeinen Gefängnisregime unterwerfen und verordnete, der bislang unbeschränkte Hofgang der Gefangenen habe ab 20. Dezember um 18 Uhr zu enden. Aber schon am 19. Dezember um 17.30 Uhr wurde ohne Vorwarnung auf spazierengehende Häftlinge geschossen. Sechs Gefangene, die meisten junge Menschewiken, wurden getötet⁵. Nachdem die Auslandsdelegation der Menschewiki einigermaßen gesicherte Nachrichten über die Vorgänge erhalten hatte, versuchte sie eine Kampagne gegen die verschärften Verfolgungen in der Sowjetunion in Gang zu bringen⁶.

Besonderen Nachdruck erhielten diese Bemühungen, als im August ein Appell von 233 auf den Solowezkij-Inseln inhaftierten Sozialisten in Berlin ankam, der im Juni verfaßt worden war. Darin schilderten diese den Hergang der Ereignisse vom Dezember des Vorjahres, die für die Verantwortlichen ohne Konsequenzen geblieben waren. Die Gefangenen schlossen daraus, daß die Morde auf Befehl aus Moskau begangen worden waren. "Im Namen des Sozialismus protestieren wir vor dem Proletariat der ganzen Welt gegen die Politik des blutigen Terrors den russischen Sozialisten gegenüber. Und wir wissen, daß unser Protest bei jedem ehrlichen Arbeiter, jedem Sozialisten brüderlichen Widerhall finden wird", schloß der Appell?

Das allerdings war etwas zu hoffnungsvoll. Vor allem die Labour Party, von deren Unterstützung sich die Auslandsdelegation der Menschewiki am meisten Wirkung versprach, zeigte sich äußerst zurückhaltend. Die Independent Labour Party wollte dem Appell der Gefangenen in ihrem Organ New Leader keinen Platz geben. Es sei besser, unmittelbar mit sowjetischen Vertretern zu sprechen meinte der Redakteur H. N. Brailsford⁸. Der französische Sozialist Paul Faure hingegen hatte den Brief der Gefangenen am 21. August 1924 sogar im französischen Parlament verlesen⁹. In Deutschland

⁴ Broido, Lenin and the Mensheviks, S. 98. Über die unterschiedliche Behandlung von sozialistischen und anderen Gefangenen im Solowezkij-Lager berichtet auch der ehemalige Weißgardist Youri Bezsonov: Mes vingt-six prisons et mon évasion de Solovki. Paris 1928, S. 204 f.

⁵ "Prestuplenie" [Verbrechen], Socialističeskij Vestnik, Nr. 4 vom 25. 2. 1924; "Na sovetskoj Katorge (Pis'mo s Solovkov)" [In der sowjetischen Katorga. (Ein Brief von den Solowezkij-Inseln)], ebenda, Nr. 5 vom 8. 3. 1924; R. Abramowitsch, W. Suchomlin, I. Zereteli: Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien, hrsg. vom Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Berlin 1925, S. 49–67; Boris Sapir: 190e Dekabrja 1923 Goda. [Der 19. Dezember 1923], in: Socialističeskij Vestnik, 6. 12. 1926, wieder abgedruckt in ebenda, Nr. 12 vom 31. 12. 1948; "Die Greuel auf den Solowietzki-Inseln", RSD Nr. 5 vom 23.2. 1924.

⁶ "K socialističeskim partijam i rabočim organizacijam" [An die sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen], Socialističeskij Vestnik Nr. 6 vom 24. 3. 1924; Abraham Ascher: The Solovki Prisoners, the Mensheviks and the Socialist International, in: The Slavonic and East European Review 47 (1969), Bd. 109, S. 423–435, S. 425 ff.

⁷ Abgedruckt in Abramowitsch und a., Der Terror S. 121–129; "Hilferuf russischer Sozialisten", Vorwärts Nr. 396 vom 23. 8. 1924.

⁸ Briefe Dan an Brailsford, 1. 9. 1924 und Brailsford an Dan, 5. 9. 1924, Archiv SAI, 2595/10 und 2595/12. Zur Haltung der Labour Party siehe auch die Briefe Abramowitsch an Tom Shaw, 20. 3. 1924, Abramowitsch an Adler, 28. 3. 1924, und Adler an Abramowitsch, 15. 4. 1924, Archiv SAI, 2623/41–45, ferner Ascher, Solovki Prisoners, S. 427.

⁹ Dan an Brailsford.

hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Kurt Rosenfeld die Situation der Solowezkij-Gefangenen im Reichstag zur Sprache gebracht¹⁰. Im September verabschiedete auch die Exekutive der SAI eine Resolution zugunsten der Inhaftierten. Die der SAI angeschlossenen Parteien sollten, hieß es darin, "unverzüglich eine energische Aktion unter der Arbeiterklasse einleiten, um das Leben der heldenmütigen Kämpfer für die Freiheit zu retten und eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene in Rußland durchzusetzen".¹¹

Die kommunistische Internationale Pressekorrespondenz versuchte der Solidaritätskampagne entgegenzuwirken, indem sie Photos "aus Solowetzk, dem Gefängnisort der russischen politischen Gefangenen", veröffentlichte, die große wohnliche Landhäuser mit angenehmen, gut möblierten Zimmern zeigten. Personen waren auf den Bildern allerdings nicht zu sehen¹². Die Auslandsdelegation der Menschewiki entlarvte die Bilder später als Photos aus zaristischer Zeit, die nicht die Zellen der Einsiedeleien zeigten, in denen die Gefangenen hausten, sondern ehemalige Wohnräume für höhergestellte Klosterbrüder und Wallfahrer¹³. Mittlerweile spitzte sich die Situation auf den Solowezkij-Inseln weiter zu. Die Gefangenen befürchteten neue Anschläge auf ihr Leben, wenn im herannahenden Winter die Verbindung zum Festland wieder unterbrochen sein würde. Am 26. September kam die Nachricht, daß über 250 sozialistische und anarchistische Gefangene in Hungerstreik getreten waren. Sie forderten ihre Überführung aufs Festland und die Erfüllung der Zusage, eine Kommission werde die Umstände des Todes der sechs Gefangenen vom 19. Dezember 1923 untersuchen¹⁴.

Am 8. Oktober erschien im Vorwärts ein Appell für die russischen Gefangenen, den neben so prominenten Sozialdemokraten wie Bernstein, Hilferding, Kautsky, Löbe und Ströbel auch Liberale wie Hugo Preuß und Otto Nuschke, ferner bekannte Pazifisten wie Ludwig Quidde, Graf Harry Kessler, der Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften L. H. Golap und der Dichter Arno Holz unterzeichnet hatten¹⁵.

Der internationale Druck erreichte, daß 1925 die politischen Gefangenen auf den Kontinent überführt wurden. Die Sowjetregierung erklärte, das Solowezkij-Lager werde aufgelöst. Von einem Erfolg der Kampagne kann dennoch nicht gesprochen werden. Die politischen Gefangenen wurden nämlich in die Gefängnisse von Werchne-Uralsk, Susdal, Jaroslawl, Tobolsk und Tscheljabinsk verlegt, wo sie unter schlechten Haftbedingungen und einem äußerst strengen Regime zu leiden hatten. Überdies war die

¹⁰ R. Abramowitsch an Sekretariat der SAI, 10. 10. 1924, Archiv SAI, 2595/20-29.

¹¹ Prot. SAI-Kongreß Marseille, S. 45.

¹² Internationale Pressekorrespondenz. Sonderbeilage zu Nr. 37, Wien 13. 9. 1924. Fundort: Archiv SAI, 2595/14–15.

¹³ Abramowitsch u. a., Der Terror, S. 75.

¹⁴ Telegramm Dan an SAI, 26. 9. 1924, Archiv SAI, 2595/18. (Dan spricht von 400 Hungerstreikenden); "Die Verzweiflung der Gemarterten", Vorwärts Nr. 456 vom 27. 9. 1924; "Der Hungerstreik auf den Solowetzki-Inseln", Vorwärts Nr. 467 vom 3. 10. 1924; "Hungerstreik auf den russischen Teufelsinseln", LVZ Nr. 227 vom 27. 9. 1924; Fritz Adler, der Sekretär der SAI, verdächtigte zeitweilig die Auslandsdelegation der Menschewiki, den Hungerstreik initiiert zu haben, um den Sondierungen, die Raphael Abramowitsch zur gleichen Zeit in Großbritannien unternahm, Nachdruck zu verleihen; Abramowitsch an Adler, 11. 10. 1924, Archiv SAI, 2595/45–47

^{15 &}quot;Helft den russischen Gefangenen!", Vorwärts Nr. 474 vom 8. 10. 1924.

Mitteilung über die Auflösung des Lagers auf den Solowezkij-Inseln unzutreffend. Die dort inhaftierten Weißgardisten, Bauernrebellen, Spekulanten und Kriminellen blieben auf den Inseln. Auch Sozialisten wurden weiter dorthin verbracht, allerdings zunächst meist unter falschen kriminellen Anklagen. Das Solowezkij-Lager wurde zum Grundstein des stalinistischen Lagerimperiums¹⁶.

Die Kampagne für die Solowezkij-Gefangenen verebbte 1925. Sie war die dritte und letzte große internationale Aktion für eine bestimmte Gruppe von verfolgten Sozialisten in der Sowjetunion. Man könnte allenfalls noch die Forderung nach einer politischen Amnestie im Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution 1927 in die Reihe der Aktionen für die Butyrki-Gefangenen, die Sozialrevolutionäre und die Solowezkii-Häftlinge stellen. Doch hatte sich schon in den ersten drei Fällen gezeigt, daß selbst begrenzte Forderungen sich gegen die Sowietregierung nur teilweise durchsetzen ließen. In allen drei Fällen, in denen verfolgte russische Sozialisten in den Genuß der energischen Solidarität ihrer west- und mitteleuropäischen Genossen kamen, waren besondere Bedingungen im Spiel. Entweder wurde, wie im Fall der Butyrki- und der Solowezkij-Gefangenen, ein Hungerstreik unternommen, oder es waren, wie ebenfalls bei den Butyrki-Gefangenen und im Prozeß der Sozialrevolutionäre, prominente Sozialisten betroffen. Im Fall der Sozialrevolutionäre ging es zudem um außenpolitische Interessen der Sowjetunion. Der Verlauf der drei Konflikte um verfolgte russische Sozialisten zwischen der internationalen Sozialdemokratie und der Sowjetunion zeugt von der Festigung der kommunistischen Diktatur. Er macht aber auch deutlich, daß die Solidarität der westlichen Sozialdemokraten mit ihren russischen Genossen eine punktuelle und zudem nicht immer unumstrittene war. Kontinuierliche politische Solidaritätsarbeit wurde nicht geleistet¹⁷. Daran änderte sich auch nichts wesentliches, als die SAI im April 1926 den "Matteotti-Fonds" und im Februar 1927 eine Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen einrichtete¹⁸. Sie beschränkten sich weitgehend auf humanitäre Hilfe und Dokumentation von Sozialistenverfolgungen.

Ein Grund dafür, daß die Aufmerksamkeit der SPD für die Solowezkij-Gefangenen so bald nachließ, war, daß sie von dem Aufstand, der Ende August 1924 in Georgien ausgebrochen war, stark in Anspruch genommen war. Dieser Aufstand war ein elementarer Protest gegen die rüde Bolschewisierung des Landes – bis Ende 1923 hatte es 30000 politische Verhaftungen gegeben, zu 80 Prozent waren Sozialdemokraten davon

¹⁶ "Immer noch Terror in Rußland", Vorwärts Nr. 588 vom 13. 12. 1925; Boris Sapir: Die politischen Gefangenen in den Sowjetgefängnissen, in: RSD Nr. 5 vom 1. 2. 1927; Broido, Lenin and the Mensheviks, S. 98. Zur Bedeutung des Solowezkij-Lagers siehe auch: Robert Conquest: The Great Terror. Stalin's Purge of the Thirties. London ³1969, S. 335. In ihrem eindrucksvollen Dokumentarfilm "Vlast' soloveckaja – Die Macht von Solovki" (Moskau 1988) schildert die sowjetische Regisseurin Marina Golodavskaja mit einer Fülle von Zeitzeugeninterviews die Entwicklung des Lagers, unter anderem auch die Vorgänge vom 19. Dezember 1923.

¹⁷ Zu dieser Einschätzung kommt auch Jansen, Show Trial, S. 167.

¹⁸ Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Brüssel, 5. bis 11. August 1928. 2 Bde. Berichte und Verhandlungen. Zürich 1928, Bd. 1, S. 24 [Kongreßprotokolle der SAI, Bd. 3,1.2. Nachdr. Glashütten 1974]. Im Matteotti-Fonds (benannt nach dem 1924 von Faschisten ermordeten italienischen Sozialisten Giacomo Matteotti) wurden Spenden für verfolgte Sozialisten gesammelt. Vorsitzende der Untersuchungskommission waren der belgische Senator Louis de Brouckère und Artur Crispien.

betroffen¹⁹ –, aber auch ein Ausdruck der generellen bäuerlichen Unzufriedenheit in der Sowjetunion²⁰. Nach georgischen menschewistischen Quellen war die kommunistische Regierung des Landes über die Aufstandsvorbereitungen informiert, lehnte es jedoch ab, den verzweifelten Appellen inhaftierter georgischer Menschewiki Gehör zu schenken, die sich anerboten, den Aufstand, von dem sie nur sinnloses Blutvergießen erwarteten, zu verhindern²¹. Obwohl die Aufständischen kurzzeitig weite Teile Georgiens in der Hand hatten²², wurden sie bald niedergeworfen. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten war deshalb begrenzt. Doch begann nunmehr ein blutiger Rachefeldzug der Sieger²³. Die SPD-Presse berichtete ausführlich über die Massenhinrichtungen, denen auch bereits vor dem Aufstand inhaftierte Menschewiki zum Opfer fielen. Der SPD-Vorstand protestierte dagegen am 12. September 1924 in einer öffentlichen Erklärung²⁴.

Die Forderungen, den Konflikt durch ein Schiedsgericht oder eine Volksbefragung zu lösen, die der ehemalige georgische Ministerpräsident Noë Jordania und der französische Sozialist Renaudel erhoben hatten, wies die Sowjetregierung ebenso brüsk zurück wie ein Vermittlungsangebot des Völkerbundes, das auf englische, französische und belgische Initiative hin erging²⁵. Ebenso ungehört verhallte die Forderung der SAI, die bolschewistischen Truppen aus Georgien zurückzuziehen und ein Referendum über die künftige Regierungsform durchzuführen²⁶.

Mit hilfloser Wut verfolgte die deutsche Sozialdemokratie die Vorgänge in Georgien. Paul Levis Art war es jedoch nicht, in den Chor der Empörung einzustimmen. Auch er sei gegen die bolschewistische Unterdrückung Georgiens, führte er in seiner Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft aus, doch warf er der Exekutive der SAI vor, den britischen Imperialismus in Vorderasien nicht in gleicher Weise zu brandmarken. Sie sei, so warf er ihr vor, ins "Fahrwasser des englischen Imperialismus" geraten²⁷.

Der Sekretär der SAI, Friedrich Adler, reagierte darauf mit einer verärgerten Replik, in der er Levi Unkenntnis der Tatsachen und "Methoden aus seiner Moskauer Lehrzeit" vorwarf. Der Streit blieb eine Episode, wenn auch eine bezeichnende. Er endete mit der Veröffentlichung von Adlers Antwort und einer weiteren Entgegnung Levis²⁸.

¹⁹ Abramowitsch u. a., Der Terror, S. 100.

²⁰ Von Rauch, Sowjetunion, S. 198; Handbuch der Geschichte Rußlands, S. 741.

²¹ Abramowitsch u.a., Der Terror S. 111-113.

²² Ebenda, S. 113 f.

²³ Niko Imnaischwili spricht von jeweils einigen hundert Opfern des Aufstands auf beiden Seiten, aber von 4000 Erschießungen in seiner Folge. Etwa 1000 der Opfer sollen am Aufstand nicht beteiligt gewesen sein. Niko Imnaischwili: Die georgische Frage, in: SM vom 15. 7. 1929, S. 592-601, S. 600.

²⁴ "Keine Rache an Georgien", Vorwärts Nr. 431 vom 12.9.; "Die Exekutionen", ebenda; "Das Blutbad in Georgien", Vorwärts Nr. 437 vom 16.9.; "Die Henkersarbeit in Georgien", Vorwärts Nr. 453 vom 25. 9. 1924.

^{25 &}quot;Hilfe für Georgien!", Vorwärts Nr. 429 vom 11. 9.; "Rußland will keine Vermittlung", Vorwärts Nr. 436 vom 16. 9.; "Eine Hilfsaktion für Georgien", Vorwärts Nr. 446 vom 21. 9.; "Die Henkersarbeit ...", "Hilferuf der georgischen Sozialisten", LVZ Nr. 214 vom 12. 9. 1924.

²⁶ Prot. SAI-Kongreß Marseille, S. 25 f.

²⁷ Paul Levi: Quo vadis? in: SPW Nr. 61 vom 8. 10. 1924.

²⁸ "Ausgerechnet Georgien", SPW Nr. 64 vom 22. 10. 1924. Adlers Manuskript im Archiv SAI, 206/22-29.

Karl Kautsky veranlaßte der georgische Aufstand zu einem Vorstoß, der die SAI zu einer anderen Haltung gegenüber der bolschewistischen Regierung bewegen sollte. In einem ausführlichen Memorandum an die Exekutive der SAI, das später auch im SPDeigenen Dietz-Verlag als Broschüre veröffentlicht wurde, legte er seine Auffassung vom militärdespotischen und reaktionären Charakter dieses Regimes dar. Wie jeder Despotismus sei wohl auch dieser nur durch Gewalt zu stürzen. Die Internationale dürfe daher nicht aus ihrer Ablehnung bewaffneter Putsche heraus den Fehler begehen, jeden Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft zu verurteilen und ihren Mitgliedsparteien die Teilnahme daran zu untersagen. Es komme vielmehr darauf an, daß die Sozialisten die Führung möglicher spontaner Aufstände übernähmen und ihre Richtung bestimmten²⁹.

Kautskys Thesen stießen auf entschiedenen Widerspruch des SAI-Sekretärs Friedrich Adler³⁰ und vor allem der Vertreter des Mehrheitsflügels der menschewistischen Emigration, Raphael Abramowitsch und Theodor Dan³¹. Insbesondere Dan erläuterte Kautsky ausführlich, warum seiner Meinung nach jeglicher Aufstand gegen die bolschewistische Herrschaft in die Konterrevolution münden müsse und daher keine Alternative zur menschewistischen Linie der "friedlichen Liquidation" der kommunistischen Diktatur bestehe. Dagegen begrüßten die rechten Opponenten in der menschewistischen Emigration um Gregor Bienstock, Peter Garwy und auch Paul Axelrod Kautskys Memorandum als einen Vorstoß zu einer aktiveren antibolschewistischen Politik der Internationale, wenngleich die Aufstandsfrage für sie dabei nicht im Vordergrund stand³². Ohne jede Einschränkung wurde das Memorandum von den georgischen Menschewiki gutgeheißen³³.

Die Diskussion blieb jedoch auf die Emigrantengruppen aus der Sowjetunion und die Exekutive der SAI beschränkt und letztlich ohne Ergebnis. Da auf der Sitzung der Exekutive am 5./6. Januar in Brüssel kein Kompromiß, geschweige denn ein Konsens gefunden werden konnte, wurde die "russische Frage" als "vorläufig erledigt und vertagt" erklärt³⁴. Obwohl im deutschen Parteiverlag veröffentlicht, hatte Kautskys Me-

²⁹ Karl Kautsky: Die Internationale und die sogenannte Sowjetregierung. Ms. im Nl. Kautsky, A 128; Karl Kautsky: Die Internationale und Sowjetrußland. Berlin 1925. Kautsky gehörte selbst keinem der Leitungsgremien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an; vgl. die Übersicht über deren Zusammensetzung in Kowalski, SAI, S. 282–285. Nach wie vor genoß er aber große Autorität in der internationalen Sozialdemokratie.

³⁰ Adler an Kautsky, London 23. 12. 1924, Nl. Kautsky, G 15,96-97.

³¹ Abramowitsch an Kautsky, Berlin 21. 11. 1924, ebenda, G 15,90; Theodore Dan: Letters (1899–1946). Selected, annotated and with an outline of Dan's political biography by Boris Sapir [in russ. Sprache]. Amsterdam 1986, Dan an Kautsky, 19. 12. 1924, S. 322–329, hier: S. 322.

³² Gregor Bienstock und Peter Garwy an Karl Kautsky, Berlin 14. 12. 1924, Nl. Kautsky, G 15,103-104 und Axelrods umfangreiche Stellungnahme zum Memorandum im Nl. Kautsky, D VII 331.

³³ Brief Ceretelis an Kautsky, 27. 11. 1924, ebenda, G 15,138; Cereteli an das Sekretariat der SAI, Paris 26. 12. 1924, ebenda.

³⁴ Kowalski, SAI, S. 67. Neben Kautskys Memorandum lag der Exekutive auch ein Gegenentwurf der Auslandsdelegation der Menschewiki vor, der in Abramowitsch' und Dans Sinn argumentierte: "Rezoljucija Zagraničnoj Delegacii RSDRP. O Taktike russkich socialističeskich partij", Socialističeskij Vestnik Nr. 1 vom 17. 1. 1925. Deutsch in: Martow/Dan, Russische Sozialdemokratie, S. 323–329.

morandum in der SPD kaum ein Echo³⁵. Überlegungen zur Umgestaltung der inneren Verhältnisse der Sowjetunion waren ihre Sache nicht. Seit jeher betonte sie das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung. Die Überwindung der Diktatur betrachtete man als Angelegenheit des russischen Volkes und der russischen Sozialisten. Selbst wenn sie intensiver diskutiert worden wäre, hätte daher Kautskys Idee, Fortschritte der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Liberalisierungsforderungen zu verknüpfen³⁶, in der SPD keine Aussicht auf eine Mehrheit gehabt, zumal die außenpolitische Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Sowjetunion nicht der ideologischen Gegnerschaft zum Kommunismus sondern dem "realpolitischen" Konzept des Ausgleichs mit den Siegermächten und des Aufbaus eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems entsprang. "Sozialistischer Internationalismus" à la Kautsky hatte in diesem Konzept keinen Platz.

Auf dem Marseiller Kongreß der SAI vom August 1925 spielte die "Memorandumsfrage" keine nennenswerte Rolle. Über die Sowjetunion wurde dort vor allem in der Kommission, Kriegsgefahren im Osten" beraten. Sie war auf Initiative der Menschewiki zustande gekommen, die damit dem von den Polnischen Sozialisten und den Sozialrevolutionären verfolgten Plan einer antibolschewistischen Konferenz sozialistischer Parteien der Anrainerstaaten der UdSSR erfolgreich das Wasser abgruben³⁷. Der fehlgeschlagene, von Moskau aus gesteuerte kommunistische Putsch in Estland vom 1. Dezember 1924 einerseits³⁸ und die Verschärfung des englisch-sowjetischen Verhältnisses nach dem Abbruch der Beziehungen andererseits bildeten den Hintergrund der Diskussionen. Die Resolution über die Kriegsgefahren im Osten, die aus der Kommission hervorging und bei Stimmenthaltung der Sozialrevolutionäre einstimmig verabschiedet wurde, wandte sich denn auch gleichermaßen gegen offene oder versteckte Interventionen gegen die Sowjetunion wie gegen deren Bestrebungen, andere Staaten auf kriegerischem Wege zu revolutionieren und antikoloniale Bewegungen für eigene Zwecke einzuspannen³⁹. In der Kommission hatten sich die deutsche Delegation gemeinsam mit

³⁵ Ohne energische Reaktionen hervorzurufen, erhob Paul Levi den Vorwurf, Kautsky bereite mit seinen Thesen einer militärischen Intervention in der Sowjetunion den Weg; Paul Levi: Westlich oder östlich? in: SPW Nr. 40 vom 8.10. und LVZ Nr. 237 vom 10. 10. 1925. Den Vorwurf, Kautsky schüre den Krieg gegen die Sowjetunion, erhob auch Bucharin in einer Artikelserie der "Pravda" gegen Kautsky, die später als Broschüre erschien und die offizielle kommunistische Antwort auf das Kautsky-Memorandum darstellt: N. Bucharin: Karl Kautsky und Sowjetrußland. Leipzig o.J. [1926], S. 7. Vgl. ferner die zusammenfassende Darstellung "Die Internationale und Sowjetrußland (Eine Diskussion zwischen Kautsky, Kunfi und Otto Bauer)", LVZ Nr. 193 vom 20. 8. 1925, sowie F. Dan: Kautskij o russkom bol'ševizme [Kautsky über den russischen Bolschewismus], in: Socialističeskij Vestnik, Nr. 11/12 vom 20. 6. 1925, und die "Affäre" um eine Kautsky-kritische Bemerkung in einer Geburtstagswürdigung für Paul Axelrod: "Paul Axelrod. Zu seinem 75. Geburtstag", LVZ Nr. 197 vom 25. 8. 1925. Entgegnung: Paul Axelrod: Kautsky und Sowjetrußland, in: LVZ Nr. 235 vom 8. 10. 1925, 1. Beilage. Zu seiner Reaktion auf den LVZ-Artikel seinen Brief an Kautsky vom 17. 9. 1925, Nl. Kautsky, D II 334; Siehe auch die Briefe von Karl und Luise Kautsky am Emma Woytinski vom 2. und 9. 10. 1925; IISG Amsterdam, Nl. Voitinskii.

³⁶ Kautsky, Internationale und Sowjetrußland, S. 35.

³⁷ Dan, Letters, S. 343f.; Kowalski, SAI, S. 68f. erwähnt zwar die Initiative der Menschewiki, nicht aber die zugrundeliegende Absicht.

³⁸ Braunthal, Internationale, S. 357.

³⁹ Prot. SAI-Kongreß Marseille, S. 362ff.

der Labour Party, den Menschewiki und den Österreichern gegen die Bestrebungen der französischen, belgischen und der Sozialisten einer Reihe von Randstaaten ausgesprochen, den Bolschewismus zur Hauptkriegsgefahr zu erklären ⁴⁰. Die Einstimmigkeit, mit der die Resolution verabschiedet wurde, war nur eine äußerliche. Tatsächlich reichte das Spektrum in der Internationale, was die "russische Frage" betraf, von Parteien, die nichts sehnlicher wünschten als den Sturz der kommunistischen Herrschaft, bis hin zur sowjetfreundlichen Labour Party.

Was sahen deutsche Arbeiter in Sowjetrußland? Der Streit um die Arbeiterdelegationen

Zur gleichen Zeit, als Kautsky über Möglichkeiten nachdachte, die seiner Meinung nach "militärdespotische" Herrschaft des Bolschewismus zu stürzen, stellten ihr internationale Gewerkschaftsführer ein vorzügliches Zeugnis aus. Den Anfang machte der Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation, der Holländer Edo Fimmen, der zum linken Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande zählte und die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Gewerkschaften befürwortete⁴¹. Er unternahm im Herbst 1924 zusammen mit Susan Lawrence von der Labour Party eine private Rußlandreise. Daß er während seines Aufenthalts in der Sowjetunion erklärte, die deutschen Arbeiter wären froh, wenn sie die gleiche Freiheit genießen könnten wie die Proletarier in Sowjetrußland, rief den Vorwärts auf den Plan. Fimmen sei einer Fata Morgana aufgesessen, erklärte das SPD-Zentralorgan⁴². Auch die in der Illegalität arbeitenden russischen Sozialdemokraten reagierten aufgebracht. In einem offenen Brief, der auch in der Gewerkschaftszeitung des ADGB erschien, warf das Büro des ZK der SDAPR Fimmen vor, die politische Unterdrückung in Rußland verschwiegen und damit seine Pflicht als Arbeiterführer verletzt zu haben. Unter erheblichen Risiken war es russischen Sozialdemokraten gelungen, Kontakt mit dem von seinen Gastgebern gut abgeschirmten Fimmen aufzunehmen, wobei er sich jedoch nicht sehr gesprächsfreudig zeigte⁴³. Am 18. November brachte der Vorwärts einen Brief einer anonymen Gruppe von Arbeitern der Leningrader Putilov-Werke, die gegen seine Auftritte in der Sowietunion protestierten und die moralische Unterstützung der SAI im Kampf um die Demokratie erbaten44.

⁴⁰ "Marsel'skij kongress Rabočego Soc. Internacionala", Socialističeskij Vestnik Nr. 17/18 vom 28. 9. 1925. Siehe auch Prot. SAI-Kongreß Marseille S. 341 f. und Raimund Löw: Otto Bauer und die russische Revolution. Wien 1980, S. 110–114.

⁴¹ "Gewerkschaftliche Einheitsfront", SPW Nr. 40 vom 12. 7. 1923.

⁴² "Freiheit' der Arbeiter in Rußland. Wie sie Edo Fimmen sieht und wie sie ist.", Vorwärts Nr. 474 vom 8. 10. 1924.

⁴³ "Otkrytoe pis'mo tov. Fimmenu", Socialističeskij Vestnik Nr. 19 vom 8. 10. 1924; deutsch: "Offener Brief an Genossen Fimmen", Gewerkschaftszeitung Nr. 41 vom 11. 10. 1924. "Édo Fimmen v Sovetskoj Rossii" [Édo Fimmen in Sowjetrußland], Socialističeskij Vestnik Nr. 20 vom 22.10. 1924; "Eščo o Fimmene" [Noch einmal über Fimmen], ebenda Nr. 22/23 vom 1. 12. 1924.

^{44 &}quot;Aus dem Petersburger Arbeiterleben", Vorwärts Nr. 544 vom 18. 11. 1924. Übernommen aus: RSD Nr. 38/39 vom 11.11.: "An das Büro der SAI und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale", zuerst russisch unter demselben Titel in Socialističeskij Vestnik Nr. 21 vom 10. 11. 1924.

Im November und Dezember hielt sich dann eine offizielle siebenköpfige Delegation der englischen Gewerkschaften zu einer Studienreise in der Sowjetunion auf. In ihrem umfangreichen und mit einer Vielzahl von Daten angereicherten Bericht zeichnete sie das Bild eines Landes, das auf einem guten Weg war. Von einer Herrschaft des Terrors könne keine Rede sein, die Löhne seien in vieler Hinsicht besser als im übrigen Europa, die Sozialpolitik verdiene Anerkennung:

"Die Delegation hat sich überzeugt, daß diese guten Resultate mit Ausnahme einer sehr kleinen Minderheit alle Einwohner dazu gebracht haben, auf das Recht der Opposition zu verzichten, das in anderen Ländern zur politischen Freiheit unentbehrlich ist. Die Beseitigung dieses Rechts ist auf keinen Widerstand gestoßen, teils deshalb, weil dieses Recht unter dem Sowjetsystem durch andere, wertvollere ersetzt worden ist, und teils deshalb, weil die jüngste Entwicklung sich in der Richtung auf seine Wiedereinführung bewegt." ⁴⁵

Auch in Georgien, wo eben erst der Aufstand blutig niedergeschlagen worden war, registrierte man unter der bolschewistischen Verwaltung einen raschen Aufstieg, auch wenn eingeräumt wurde, daß die Mehrheit der Bevölkerung wohl nicht hinter der Regierung stehe⁴⁶.

Die russischen Menschewiki sprachen in einem offenen Brief an die Labour Party und den Generalrat der Trade Unions der englischen Delegation Takt und Anstand ab und protestierten gegen ihr Auftreten⁴⁷. Friedrich Adler, der Sekretär der SAI, schrieb eine kritische Entgegnung auf den Delegationsbericht⁴⁸, und die SPD-Presse hob die Ausführungen John Turners hervor, der den Auffassungen seiner Mitreisenden widersprach und die politische Unterdrückung in der Sowjetunion geißelte⁴⁹.

Es ist wenig verwunderlich, daß der Bericht der Engländer in Deutschland im "Neuen Deutschen Verlag" des Sowjetpropagandisten Willi Münzenberg erschien, denn er war, ebenso wie die im April 1925 erfolgte Bildung eines ständigen englisch-sowjetischen Gewerkschaftskomitees, ein Erfolg der Einheitsfronttaktik der Komintern. Sie zielte darauf ab, einen möglichst großen Teil der sozialdemokratisch eingestellten Arbeiterschaft von ihrer Führung zu isolieren und insbesondere in den Gewerkschaften einen linken, das heißt: sowjetfreundlichen Flügel zu bilden⁵⁰. Für diesen Zweck sollte die in der Arbeiterschaft weit verbreitete Sympathie für Sowjetrußland ausgenützt werden. Seit Januar 1925 gab Willi Münzenberg die Arbeiter Illustrierte Zeitung heraus, die sich hauptsächlich der Berichterstattung über die Sowjetunion widmete und mit einer Auflage von 500000 Stück bald zur zweitgrößten Illustrierten Deutschlands wur-

⁴⁵ Rußland. Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation Nov.-Dez. 1924. Berlin 1925, S. 211.

⁴⁶ Ebenda, S. 257.

⁴⁷ "Otkrytoe pis'mo Ispolnitel'nomu Komitetu Angliskoj Rabočej Partii i Generalnomu Sovetu Tred-Junionov", Socialističeskij Vestnik Nr. 24 vom 20. 12. 1924.

⁴⁸ Claus Remer: Die deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion. Berlin (O) 1963, S. 36.

^{49 &}quot;Das Ende eines Schwindelfeldzuges", Vorwärts Nr. 33 vom 20. 1. 1925; "Purcell in Rußland", LVZ Nr. 1 vom 2.1. und "Was Purcell in Rußland nicht gesehen hat", LVZ Nr. 22 vom 27. 1. 1925. Turner hatte Nachforschungsaufträge des "Vereinigten Komitees zum Schutze der in Rußland verhafteten Revolutionäre" mit auf die Reise genommen, dem neben den Menschewiki die beiden sozialrevolutionären Parteien und die Anarchisten angehörten. Vgl. Bulletin des Vereinigten Komitees... Nr. 10, Berlin Januar [1925], Fundort: Nl. Dan, Nr. 15.

⁵⁰ Winkler, Normalität, S. 424.

de⁵¹. "Sie war ganz unkritisch und bediente sich der fragwürdigsten Mittel", schreibt Babette Gross in ihrer Biographie ihres Lebensgefährten Willi Münzenberg über die Rußlandberichterstattung der AIZ. "Viele Arbeiter wollten eine Fata Morgana sehen, nicht die triste Wirklichkeit. Daran änderten alle kritischen Tatsachenberichte im "Vorwärts" und alle Artikel Karl Kautskys nichts."⁵²

An diese Bewußtseinslage knüpfte die Komintern mit ihrem Programm der Entsendung sogenannter "Arbeiterdelegationen" nach Rußland an, den die Agitprop-Abteilung ihres Exekutivkomitees ausgearbeitet hatte⁵³. Allerdings sollte dabei die Regie der Kommunistischen Partei möglichst nicht erkennbar sein, ging es doch darum, die häufig skeptisch aufgenommenen Berichte von Kommunisten über Sowjetrußland von Sozialdemokraten und Parteilosen bestätigen zu lassen⁵⁴. Geschickt wurde zu der Initiierung der ersten deutschen Arbeiterdelegation ein Brief einer Gruppe oppositioneller Putilov-Arbeitern an den *Vorwärts* ausgenutzt. Die Verfasser beklagten sich darin über die politische Verfolgung und bescheinigten dem SPD-Zentralorgan, daß es die Lage der russischen Arbeiter richtig einschätze. Der *Vorwärts* veröffentlichte den Brief am 8. Januar 1925⁵⁵. In Leningrad kam es daraufhin zu einem, wie die kommunistische Geschichtsschreibung erklärt, einstimmigen Protest der Putilov-Belegschaft gegen diese Publikation. Der *Vorwärts* wurde aufgefordert, eine "Delegation aus deutschen Betriebsarbeitern" zu entsenden, um die Lage in den Putilov-Werken zu überprüfen⁵⁶.

Damit war nicht nur das SPD-Zentralorgan in den Verdacht gerückt, gefälschte

⁵¹ Franz-Ferdinand Mentzel: Die Sowjetunion in der Publizistik der Weimarer Republik (1929–1932). Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus und seiner Bekämpfung in Deutschland. Phil. Diss. Humboldt Universität Berlin 1971, S. 11f.; Gross, Münzenberg, S. 164.

⁵² Gross, Münzenberg, S. 164.

⁵³ Bei einer Razzia im Hauptquartier der britischen KP wurde 1925 ein Exemplar dieses Planes gefunden; Sylvia Margulies: The Pilgrimage to Russia. The Soviet Union and the Treatment of Foreigners 1924–1937. Madison, Milwaukee, London 1968, S. 35. 1925/26 gab es insgesamt 24 solche Delegationen aus fast allen westeuropäischen Ländern; Oleksandr Andrijovyč Makarenko: Mogučaja sila proletarskoj solidarnosti (1921–1925). Moskva 1976, S. 291. Zum politischen Stellenwert der Arbeiterdelegationen siehe auch Geyer, Sowjetrußland, S. 27–31.

⁵⁴ Claus Remer: Die drei großen Arbeiterdelegationen nach der Sowjetunion (1925–1927), in: ZfG 4 (1956) S. 343–365, hier: S. 344f. Remer ist bemüht, die Arbeiterdelegationen als eine spontane Massenbewegung des Proletariats erscheinen zu lassen, die von den sozialdemokratischen Führern sabotiert, von den Kommunisten aber "unterstützt" worden sei.

^{55 &}quot;Ein Gruß aus Rußland", Vorwärts Nr. 12 vom 8. 1. 1925; "Putilow-Arbeiter an den "Vorwärts", RSD Nr. 1 vom 6. 1. 1925. Im Text hieß es u.a.: In der letzten Zeit sind in der offiziellen Sowjetpresse häufig Auszüge aus Eurem Vorwärts veröffentlicht worden. Ihr werdet natürlich in unflätigster Weise beschimpft, aber aus diesen Auszügen ersehen wir, daß die deutsche Sozialdemokratie, wie keine andere Partei der sozialistischen Internationale, die entsetzliche russische Wirklichkeit erkannt hat und unsere Lage als die der Anhänger der europäischen Arbeiterbewegung richtig einschätzt. Ihr gewährt uns dadurch moralische Unterstützung in unserem schweren Kampfe, den wir in der Sowjet-Satrapie für Demokratie und Sozialismus führen."

⁵⁶ Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland? Bericht der deutschen Arbeiter-Delegation über ihren Aufenthalt in Rußland vom 14. Juli bis zum 28. August 1925. Berlin 1925, S. 14; Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 53f.; K. T. Luk'janov: Nemeckie rabočie delegacii v SSSR [Deutsche Arbeiterdelegationen in der UdSSR (1925–1932), in: Ežegodnik Germanskoj istorii. Moskva 1975, S. 113–137, hier: S. 115.

Briefe aus der Sowjetunion zu veröffentlichen⁵⁷, es war auch der Anstoß zur Bildung der ersten deutschen Arbeiterdelegation gegeben. Allerdings wurde sie nicht vom Vorwärts organisiert, und das wäre wohl auch nicht im Sinne der Initiatoren des Putilov-Protestes gewesen. Während in dem Blatt Anfang Februar noch darüber reflektiert wurde, daß man sich hinsichtlich der Zusammensetzung einer Rußland-Delegation keine Vorschriften machen lassen dürfte und daß zu ihr als Dolmetscher und Experten auch sozialistische russische Emigranten gehören müßten, wurde in Berliner Betrieben bereits für die Aufstellung einer Arbeiterdelegation geworben⁵⁸. Um den erwünschten Eindruck der Überparteilichkeit hervorzuheben, übernahm diese Tätigkeit nicht die KPD, sondern ein von der "Internationalen Arbeiter-Hilfe" (IAH) gebildetes Komitee⁵⁹. In der aus der Hungerhilfe für Rußland 1921 hervorgegangenen IAH hatten bis zu einem Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD im Jahre 1924 auch eine Reihe prominenter Sozialdemokraten mitgearbeitet⁶⁰. Die Werbung für die Delegation zielte vor allem auf angesehene, langjährige Sozialdemokraten und SPD-Betriebsratsmitglieder⁶¹. Auf diese Weise sollte sie auch bei SPD-Mitgliedern Autorität gewinnen. Ferner wollte man so wohl auch Spekulationen vorbeugen, die sozialdemokratischen Delegierten seien von kommunistischer Seite in die SPD eingeschleuste "U-Boote".

Der Vorwärts entfaltete währenddessen eine rege Gegenkampagne. Mit der Mitgliedschaft in SPD und Gewerkschaft sei es nicht vereinbar, wenn man sich von den Kommunisten für eine angeblich "sozialdemokratische Arbeiterdelegation nach Rußland" mißbrauchen lasse, warnte die Zeitung⁶². Den Reisenden würden nur Potemkinsche Dörfer vorgeführt werden⁶³, und wer auf eigene Faust mehr erfahren wolle, dem drohe ein ähnliches Schicksal wie den Studenten Kindermann, Wolscht und von Ditmar, die Anfang Juli in Moskau zum Tode verurteilt worden waren⁶⁴. Manchen Sozialdemokraten, die an der der Rußlandreise teilnehmen wollten, wurde der Parteiausschluß angedroht⁶⁵.

Trotz dieser Störmanöver war die Kampagne für die Entsendung der Arbeiterdelegation letztlich ein Erfolg. Von der Gruppe aus 55 Arbeitern, zwei Lehrern und einem Angestellten, die am 14. Juli in Rußland eintrafen, waren 29 Mitglieder der SPD, unter

⁵⁷ Der Protest der Putilov-Belegschaft ist allerdings kaum ein ausreichender Beleg dafür, daß der im Vorwärts veröffentlichte Brief eine Fälschung war, wie Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 53, und Luk'janov, Rabočie delegacii, S. 115, es darstellen. Selbst so unverdächtige Zeugen wie die Mitglieder der englischen Gewerkschaftsdelegation stellten fest, daß bei Angriffen auf die KPR(b) die Meinungsfreiheit in der Sowjetunion endete; Rußland, S. 147. Eine Verweigerung bei der Protesterklärung hätte mit Sicherheit Repressionen zur Folge gehabt.

^{58 &}quot;Die Putilow-Aktion", Vorwärts Nr. 60 vom 5. 2. 1925.

⁵⁹ Luk'janov, Rabočie delegacii, S. 115.

⁶⁰ Borys Michajlovič Zabarko: Klassovaja bor'ba i meždunarodnaja rabočaja pomošč. Kiew 1974, nennt die Reichstagsabgeordneten Mathilde Wurm und Oskar Cohn; Babette Gross, Münzenberg, S. 153, nennt Paul Löbe.

⁶¹ Remer, Die drei großen, S. 346; Wolfgang Ruge: Berichte der Vertreter des Deutschen Reiches in der UdSSR über die erste deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion (1925), in: BzG 4 (1962), S. 107–114, hier: S. 111.

^{62 &}quot;Die Putilow-Aktion", Vorwärts Nr. 60 vom 5. 2. 1925.

^{63 &}quot;Ferienreisen nach Sowjetrußland", Vorwärts Nr. 296 vom 26. 6. 1925.

^{64 &}quot;Der Arbeitslohn in Rußland", Vorwärts Nr. 311 vom 4. 7. 1925. Zum Fall "Kindermann-Wolscht" siehe Kapitel 8.

⁶⁵ Ein Dokument dazu ist abgedruckt bei Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 286.

ihnen auch der nominelle Leiter der Delegation, Xaver Freiberger aus München. Der KPD gehörten 17 der Rußlandreisenden an, 12 waren parteilos. Bis auf vier waren aber alle Gewerkschaftsmitglieder, 36 sogar Betriebsräte⁶⁶. Einige Teilnehmer waren mit Mandaten von Gewerkschaftsgliederungen und Betriebsräten ausgestattet⁶⁷. Die deutsche Botschaft in der Sowjetunion berichtete an das Auswärtige Amt, die Arbeiterdelegation sei "ein von der kommunistischen Regie glänzend eingeleitetes und durchgeführtes Unternehmen", nicht zuletzt, weil vor allem "ältere, erfahrene und nüchtern denkende Arbeiter", die das Vertrauen ihrer Kollegen genössen, ausgewählt worden seien⁶⁸.

Die glänzende kommunistische Regie beschränkte sich aber nicht nur auf die Auswahl der deutschen Akteure. Sie behielt auch beim weiteren Ablauf des Schauspiels die Fäden in der Hand. Bereits bei der Ankunft in Leningrad und an allen weiteren Stationen wurde die Delegation von enthusiastischen Massendemonstrationen begrüßt, die ihren Eindruck auf die Gäste nicht verfehlten⁶⁹. "In den größeren Städten, wo fahrplanmäßig wenige Minuten Aufenthalt vorgesehen waren, zeigte uns das überall herbeigeeilte Proletariat seine Freude an unserem Kommen", berichtete etwa die Gruppe der Delegation, die den Kaukasus bereiste⁷⁰. In Baku wurde sie durch den Vorbeimarsch von 80000 Arbeitern geehrt⁷¹. Den Höhepunkt bildete jedoch die Empfangsdemonstration in Moskau auf dem Roten Platz, die etwa 150000 bis 200000 Teilnehmer zählte. "Als für die deutsche Delegation Genosse Freiberger das Wort ergreift, steigert sich der Sturm der Begeisterung zu einem gewaltigen Orkan. Die Masse versucht, die aufgestellten Postenketten zu durchbrechen, jeder wollte selbst die deutschen Delegierten gesehen und gesprochen haben, möchte sie persönlich von der Liebe der russischen Arbeiter für das deutsche Proletariat überzeugen", vermerkt darüber in hymnischen Tönen der Delegationsbericht⁷². Daß sie sich beim anschließenden stundenlangen Vorbeidefilieren der Kundgebungsteilnehmer am Lenin-Mausoleum in der Position von Feldherren befanden, die eine Truppenparade abnehmen, scheint dem proletarischen Klasseninstinkt der Delegierten nicht widersprochen zu haben.

Eigenartig kontrastiert zu dem hochgespannten Pathos, das die Passagen über die Massenversammlungen kennzeichnet, der betont nüchterne Stil der mit einer Vielzahl von Daten und Zahlen angereicherten Ausführungen über die Verhältnisse in sowjetischen Betrieben. Offenkundig hatte hier der Bericht der englischen Gewerkschaftsdele-

⁶⁶ Ebenda, S. 281–283; Luk'janov, Rabočie delegacii, S. 115 f. Die Delegierten erhielten vollen Lohnersatz, wahrscheinlich aus Kominternmitteln; "Reise nach Rußland", Mitteilungsblatt der SPD Juli 1925.

⁶⁷ Beispiele abgedruckt bei Remer, Die drei großen, S. 353 f.

⁶⁸ Ruge, Berichte, S. 111 f.

⁶⁹ Bernd Klemm (Hrsg.): "... durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht." Geheime Berichte der politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923–1930. Frankfurt a. M., New York 1982, S. 100; Die Wahrheit über Sowjetrußland berichten die Rußland-Delegierten Freiberger und Baer/München. Reden des Vorsitzenden der ersten deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland Xaver Freiberger und des Münchener Delegierten Baer in der Münchener Betriebsräte-Vollversammlung vom 9. September 1925. München o. J. [1925], S. 7 f.

⁷⁰ Was sahen . . ., S. 127

⁷¹ Ebenda, S. 129.

⁷² Ebenda, S. 36.

gation Pate gestanden. Die Delegation bewältigte bei ihrem sechswöchigen Aufenthalt ein immenses Besichtigungsprogramm. Ihre ersten Stationen waren Leningrad und Moskau, dann wurden drei Teildelegationen auf die Krim, in den Ural und in den Kaukasus entsandt. Der generelle Tenor des von allen Mitfahrern ausdrücklich gebilligten offiziellen Abschlußberichtes ist, es seien große Fortschritte sowohl in der Produktion als auch hinsichtlich der Entlohnung und der Gewährung von Urlaub gemacht worden. Im Zusammenhang mit der Besichtigung der Siemens-Schuckert-Werke wurde ausdrücklich erklärt, die Verhältnisse seien besser als in Deutschland⁷³. Entsprechend wurden auch die als beispielhaft empfundenen betrieblichen und außerbetrieblichen Sozialleistungen gewürdigt, ebenso wie die im Vergleich zur Bezahlung der technischen Spezialisten niedrige Entlohnung der "Roten Direktoren"⁷⁴. Der Vorwurf, die Arbeiter seien in einen Zustand der Rechtlosigkeit hinabgedrückt worden, der in dem vom Vorwärts abgedruckten "Putilov-Brief" erhoben wurde, wurde in dem Bericht an keiner Stelle bestätigt.

Der Eindruck, die Delegierten seien erst nach einem sorgfältigen Studium der sowjetischen Verhältnisse zu ihrem positiven Urteil gekommen, den der Bericht zu erwecken versucht, trügt jedoch. Jedenfalls läßt sich damit nicht vereinbaren, daß Xaver Freiberger schon am Tag nach der Ankunft im Anschluß an die Besichtigung der Putilov-Werke erklärte: "Heute haben wir uns davon überzeugt, daß alles, was man uns über Sowjet-Rußland erzählt hat, Lüge und Verleumdung ist."⁷⁵

Der Besuch von Gefängnissen, wo es auch zu Begegnungen mit politischen Gefangenen kam, bestätigte diesen Eindruck. Solche Besichtigungen waren auch schon Bestandteil der Besuche von Fimmen und der englischen Gewerkschaftsdelegation gewesen, war das Programm doch "bis ins Detail darauf abgestimmt, der sozialdemokratischen und bürgerlichen Bolschewismuskritik den Boden zu entziehen"⁷⁶, bei der die politische Verfolgung eine wesentliche Rolle spielte. Fimmen war dabei allerdings ein peinliches Mißgeschick unterlaufen. Seine Aussage, er habe den 1922 verurteilten Sozialrevolutionär Goc nicht im Gefängnis sondern in einer Villa angetroffen, wurde einige Zeit später von Goc in einem Brief beantwortet, in dem er erklärte, er habe Fimmen nie gesehen. Man müsse ihm einen anderen als "Goc" vorgestellt haben⁷⁷.

Die deutsche Delegation bekam keine prominenten politischen Häftlinge zu Gesicht und nennt in ihrem Bericht auch nicht die Namen der Gefangenen, mit denen ihre Vertreter sprachen. Dafür zeigten sich die Delegierten zunächst angetan von den sowjetischen Gefängnissen als solchen. "Wir hatten den Eindruck, daß wir uns nicht in einer Strafanstalt, sondern in einer Besserungsanstalt befanden", lautete etwa der durchaus repräsentative Kommentar über das Gefängnis von Perm⁷⁸. Fast alle Gefangenen, mit denen die deutschen Besucher sprachen, drückten ihre Zufriedenheit mit den Haftbedingungen aus. Einige inhaftierte Teilnehmer des georgischen Aufstandes erklärten gar,

⁷³ Ebenda, S. 27ff.

⁷⁴ Ebenda, S. 32.

^{75 &}quot;Dlja čego germanskie delegaty ezdili v Rossiju?" [Wozu fuhren die deutschen Delegierten nach Rußland], Socialističeskij Vestnik Nr. 17/18 vom 28. 9. 1925. Der "Vestnik" zitiert Freiberger nach der sowjetischen Gewerkschaftszeitung "Trud" vom 16. 7. 1925.

⁷⁶ Geyer, Sowjetrußland, S. 29.

^{77 &}quot;Sowjetrussische Justiz", RSD Nr. 35/36 vom 23. 9. 1925; Jansen, Show Trial, S. 172f.

⁷⁸ Was sahen . . ., S. 102.

"daß sie das Gewesene vergessen hätten und daß nach den jetzt ausgesprochenen Urteilen der Weg für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung gegeben sei"⁷⁹. Das Mitspielen bei diesen gespenstischen Inszenierungen war den Delegierten auch dann noch nicht verleidet, als sie im Gefängnis von Sverdlovsk auf drei Menschewiki und einen Anarchisten stießen, die ihnen die Auskunft über die Gründe ihrer Verhaftung verweigerten, "mit der Motivierung, sie hätten zu uns kein Vertrauen, weil wir Gäste der Sowjetregierung seien, mit dem Auto ankamen und mit Extra-Zug im Lande herumfahren, während sie im Gefängnis sitzen". Die Delegation zog, nicht ohne eine gewisse Indignation, ihre Schlüsse aus dieser Widersetzlichkeit: "Man kann ohne weiteres annehmen, daß jemand, der sich schuldig fühlt, sich nicht selbst belastet. Wer nichts Strafbares begangen hat, kann die Wahrheit jedermann mitteilen."⁸⁰ Auffallend ist im übrigen, daß der Delegationsbericht in den meisten Fällen Angaben über die Haftgründe der Gefangenen enthält – ihre Berechtigung wird an keiner Stelle bezweifelt –, über das jeweilige Strafmaß jedoch gar nichts aussagt.

Beeindruckend waren für die deutschen Delegierten sicher auch die Begegnungen mit führenden sowjetischen Politikern wie Bucharin, Trotzki oder Sinowjew. Mit letzterem diskutierten sie über die Einheitsfront, wobei durchaus auch kritische Worte über die Politik der KPD fielen⁸¹. Dem Gesprächsprotokoll zufolge, das der kommunistische Verlag Carl Hoym Nachfolger veröffentlichte, stimmte Sinowjew dieser Kritik zu, was jedoch wenig verwunderlich ist, denn die sozialdemokratischen Delegierten bemängelten genau die Fehler der KPD, die das EKKI ungefähr gleichzeitig in einem "Offenen Brief an alle KPD-Mitglieder" der "Fischer-Maslow-Zentrale" vorwarf, die die Partei zu diesem Zeitpunkt führte⁸².

Als die deutsche Delegation nachhause zurückkehrte, waren die meisten ihrer Mitglieder überzeugt, ein wahrheitsgetreues Bild von Rußland gewonnen zu haben. Die Delegation habe 20000 Kilometer im Lande zurückgelegt, da könne man unmöglich nur Potemkinsche Dörfer gesehen haben, erklärte Freiberger⁸³. Er unterschätzte jedoch das Organisationstalent, das seine Gastgeber an den Tag legen konnten, wenn es um Abschirmung, Überwachung und Manipulation ging. Der deutsche Journalist Theodor Seibert, der für einige bürgerliche Blätter von 1925 bis 1929 als Korrespondent aus der Sowjetunion berichtete, hatte ein Zimmer in dem Moskauer Hotel, in dem auch die Arbeiterdelegation einquartiert wurde. Er schildert, wie vor der Ankunft der Delegation er und die anderen Gäste ihre Zimmer räumen mußten, weil, wie ihm der Hoteldirektor erklärte, seine Landsleute unter sich sein wollten. Erstaunt beobachtete er, wie das schlichte Hotel in kürzester Zeit mit eleganten Möbeln und Teppichen ausgestattet wurde. Den Speiseraum, in dem die Delegation ihr Essen einnahm, durfte Seibert nicht betreten, und einer seiner russischen Bekannten machte ähnliche Erfahrungen. Als er

⁷⁹ Ebenda, S. 144.

⁸⁰ Ebenda, S. 110.

⁸¹ Die deutsche Arbeiterdelegation in Sowjetrußland. Zwei Besprechungen mit Genossen Sinowjew. Hamburg 1925, S. 7ff.; Remer, Die drei großen, S. 349, erwähnt bezeichnenderweise nur eine Begegnung mit Stalin.

⁸² Winkler, Normalität, S. 421 ff.; Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde, Frankfurt 1969, Bd. 1, S. 120–126.

⁸³ Die Wahrheit, S. 8.

zwei Mitgliedern der Delegation, die ihn auf deutsch nach einem Weg gefragt hatten, anbot, sie zu begleiten, wurde er von einer Amtsperson angewiesen, sich zu entfernen⁸⁴.

Seibert war nicht der einzige Zeuge solcher Vorbereitungen. In einer Denkschrift teilte die illegale Führung der Menschewiki in der Sowjetunion mit, die Arbeiter in den besuchten Betrieben seien genau darüber instruiert worden, was sie zu sagen hätten, "Unzuverlässige" seien entlassen, teilweise sogar inhaftiert worden⁸⁵. Freiberger hat die Denkschrift erhalten⁸⁶, ohne daß dies allerdings sein Verhalten beeinflußt hätte. Daß es mit der vielbeschworenen Selbstbestimmung der Delegationen bei ihren Besichtigungen nicht ganz soweit her war, geht auch aus dem Bericht von Arthur Koch hervor, eines sozialdemokratischen Teilnehmers der zweiten Delegation, die 1926 Rußland bereiste. Die Delegierten hätten nur die Auswahl aus einer begrenzten Anzahl von Betrieben und Einrichtungen gehabt. Gespräche mit den Direktoren hätten unverhältnismäßig viel Zeit eingenommen, während die eigentlichen Besichtigungen recht eilig verlaufen seien. Abweichende Beobachtungen und Einschätzungen seien in die offiziellen Berichte nicht aufgenommen worden⁸⁷.

Auch der zweite Teil der Inszenierung, die Berichtskampagne der Arbeiterdelegierten in Deutschland, war eine große organisatorische Leistung, die allerdings ohne das auch nach der revolutionären Periode anhaltend große Interesse der deutschen Arbeiterschaft für Sowjetrußland nicht denkbar gewesen wäre⁸⁸. Der Delegationsbericht wurde von Willi Münzenbergs "Neuem Deutschen Verlag" in 100000 Exemplaren zum Preis von 50 Pfennigen aufgelegt, die, nach dem Zeugnis von Babette Gross, "im Handumdrehen verkauft wurden"⁸⁹. Eine zweite Auflage von 30000 Stück folgte kurz darauf⁹⁰. Außerdem verfaßten einzelne Delegierte eigene Berichte, die insgesamt eine Auflage von rund 40000 Stück erreichten⁹¹.

⁸⁴ Theodor Seibert: Das rote Rußland. Staat, Geist und Alltag der Bolschewiki. München *1932, S. 30 f.

^{85 &}quot;Dokladnaja zapiska Bjuro Central'nogo Komiteta RSDRP. germaskoj delegacii" [Denkschrift des Büro des Zentralkomitees der SDAPR an die deutsche Delegation], Socialističeskij Vestnik Nr. 15/16 vom 18. 8. 1925; "Aus Sowjetrußland", Gewerkschaftszeitung Nr. 36 vom 5. und Nr. 37 vom 12. 9. 1925; ähnlich der Bericht eines anonymen Georgiers: "Potemkinsche Dörfer", LVZ Nr. 220 vom 21. 9. 1925.

⁸⁶ Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 96.

⁸⁷ Arthur Koch: Als Arbeiterdelegierter in Rußland. Hamburg 1927, S. 3–6. Koch war von Beruf Glaser und 1926 gerade 23 Jahre alt (frdl. Auskunft der Stadt Miesbach vom 7. 3. 1989), also ein vergleichsweise junges Delegationsmitglied. Es ist nicht ganz klar, wie er dazu kam, den kritischen Bericht über die Arbeiterdelegation zu schreiben, denn in einer ersten Reaktion hatte er sich über seine Erlebnisse in Rußland begeistert geäußert; vgl. Die Einheit Nr. 18 vom 15. 10. 1926. Von SPD-Teilnehmern an der dritten Arbeiterdelegation wurde Koch vorgeworfen, er habe die Broschüre gegen gute Bezahlung verfaßt, nachdem er von der "Einheit" kein Geld bekommen habe. Sie sei voller bewußter Lügen; Sowjetrußland – wir und unser Parteivorstand. Offener Brief 8 sozialdemokratischer Rußlandfahrer. Berlin o. J. [1927], S. 5.

⁸⁸ Vgl. dazu auch die Äußerung des Menschewisten Gregor Bienstock in seinem Brief an Karl und Luise Kautsky vom 19. 12. 1925: "Ich habe in der letzten Zeit ziemlich viele Vorträge über Sowjetrußland vor deutschen Zuhörern gehalten. Es ist merkwürdig, wie das Interesse für Ruß land noch heute rege ist." Nl. Kautsky, D VI 19.

⁸⁹ Gross, Münzenberg, S. 169.

⁹⁰ Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 111.

⁹¹ "Was hat die deutsche Arbeiterdelegation seit ihrer Rückkehr nach Deutschland getan?", "Die Einheit" Nr. 4 vom 15. 3. 1926.

Aber vielleicht noch wichtiger als die Publikationen waren die Auftritte der Delegierten vor Arbeitersportvereinen, auf Betriebsversammlungen, auf Vortragsabenden von Rußlandkomitees oder der IAH und natürlich auch der KPD. Schließlich erklärten sich den Angaben der Zeitschrift *Die Einheit* zufolge auch immer mehr Gewerkschaftsgliederungen zu Veranstaltungen mit den Rußlanddelegierten bereit, obwohl bei der Mehrzahl von ihnen die Referate meist als kommunistische Manöver abgelehnt wurden. Vereinzelt gelang es ihnen trotz des Widerstandes der führenden Parteigremien auch, vor SPD-Ortsvereinen zu sprechen⁹². Bis Mitte März fanden 1400 derartige Versammlungen statt, die in der Regel besser besucht waren als die üblichen Versammlungen der Arbeiterorganisationen⁹³. Eine von der KPD in Offenbach am 18. September 1925 einberufene Berichtsversammlung etwa zog 1500 Besucher an. "Die KPD dürfte sich in der Entsendung der Arbeiterdelegation ein für die Zukunft wirksames Propagandamittel geschaffen haben. Die Offenbacher KPD hat wohl noch nie eine ähnlich wirksame Propagandaversammlung abgehalten", bemerkte dazu ein Beobachter von der politischen Polizei⁹⁴.

Um die Kampagne auf eine breitere Basis zu stellen, wurde eine eigene Zeitschrift, Die Einheit, gegründet. Gleichnamige Organe gab es auch in Großbritannien, den Niederlanden und Belgien. Zur Mitarbeit hatten sich auch die sowieterfahrenen Gewerkschaftsfunktionäre Purcell und Fimmen bereit erklärt⁹⁵. Die Einheit sollte als Organ der Berichterstattung für die Arbeiterdelegierten, darüberhinaus aber auch der Förderung der Einheitsfronttendenzen und als Sammelzentrum für oppositionelle SPD- und Gewerkschaftsmitglieder dienen. Außerdem war sie maßgeblich an der Organisation der zweiten und dritten großen Arbeiterdelegation 1926 und 1927 beteiligt%. "Die russische Regierung hat ein neues Propagandablatt unter falscher Flagge", kommentierte die Gewerkschaftszeitung⁹⁷. Ihre Startauflage von 1800 konnte die zweiwöchentlich erscheinende Zeitschrift bis zum November 1927 auf 7800 Exemplare steigern⁹⁸. Das Ziel, zum Kristallisationspunkt einer einheitsfrontwilligen linken Opposition in der SPD zu werden, erreichte Die Einheit aber nicht. Sie war trotz der maßgeblichen Beteiligung des SPD-Mitglieds Willy Bennewitz⁹⁹ zu eindeutig als kommunistisch gesteuertes Organ erkennbar. So uneingeschränkt, wie die Arbeiterdelegationen das verfochten, mochte die SPD-Linke die Sowjetunion nicht als proletarischen Staat anerkennen. In der Kritik an der Verfolgung oppositioneller Sozialisten in der UdSSR waren sich alle Flügel der SPD einig. Die "Einheits"-Verfechter blieben eine Rander-

⁹² Ebenda; Xaver Freiberger: Sowjetrußland und die Sozialdemokratie. Warum wurde ich aus der S.P.D. ausgeschlossen? München o.J. [1926], S. 5; Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 202; Klemm, Unfug, S. 99.

^{93 &}quot;Was hat die deutsche Arbeiterdelegation ..."

⁹⁴ Klemm, Unfug, S. 99 und S. 105.

⁹⁵ Die Einheit Nr. 1 vom 1. 2. 1926; "Einheit, Eenheid, Unité, Unité, Unity", ebenda, Nr. 4 vom 15. 3. 1926; Dagmar Goldbeck: Der Verlag Die Einheit G.m. b.H. Berlin (1926–1929), in: BzG 28 (1986), S. 80–86.

[%] Remer, Die drei großen, S. 346.

^{97 &}quot;Die "Einheit", Gewerkschaftszeitung Nr. 15 vom 10. 4. 1926.

^{98 &}quot;An die Freunde der Einheitsbewegung", Die Einheit Nr. 24 vom 26. 11. 1927.

⁹⁹ Goldbeck, Der Verlag Die Einheit, S. 81.

scheinung¹⁰⁰. Nachdem Komintern und KPD vom Einheitsfront zum "Sozialfaschismus"-Kurs geschwenkt waren, wurde die Zeitschrift denn auch funktionslos und 1929 mit dem Organ der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition", *Betrieb und Gewerkschaft*, verschmolzen¹⁰¹.

Dennoch war die intensive Propaganda der Arbeiterdelegationen gewiß nicht ohne Wirkung auf Teile der SPD-Mitgliedschaft. So fand beispielsweise eine Grußadresse der Einheit an die russischen Arbeiter aus Anlaß des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution in kurzer Zeit 250000 Unterzeichner, die gleichzeitig jeweils zehn Pfennige für die dritte Arbeiterdelegation spendeten, die an den Revolutionsfeiern teilnahm¹⁰². Diese Zahl überstieg die der KPD-Mitglieder um mehr als 100000¹⁰³. Es ist anzunehmen, daß auch eine ganze Reihe von Sozialdemokraten darunter waren.

Die SPD war gegenüber dieser Kampagne eindeutig in die Defensive geraten. Sie reagierte mit dem Versuch, die Glaubwürdigkeit der Delegationsberichte in Zweifel zu ziehen. Artur Crispien und der ADGB-Sekretär Vollmerhaus die bereits in Sowjetrußland gewesen waren, berichteten im Vorwärts über die Schwierigkeiten, sich ein wirkliches Bild von den Verhältnissen im Lande zu machen und erklärten in altgewohnter Weise, man werde den Arbeiterdelegationen Potemkinsche Dörfer vorführen¹⁰⁴. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organe, vor allem der Vorwärts und die Gewerkschaftszeitung, brachten verstärkt kritische Berichte über die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion. Bestätigt wurden sie von einem "Renegaten" aus der Arbeiterdelegation, dem sozialdemokratischen Delegierten Adolf Tonn. Er führte in einer Versammlung in Hamburg aus, die Betriebe in der Sowjetunion seien rückständig. Es herrsche ein uneingeschränktes Akkordsystem und die Löhne seien niedrig. Bei dem Besuch im Gefängnis von Sverdlovsk habe er bemerkt, daß die Dolmetscherin nicht korrekt übersetzt habe¹⁰⁵.

Auf dem Heidelberger Parteitag der SPD, der kurz nach der Rückkehr der Delegation stattfand, enthüllte Otto Wels, auf einer Zusammenkunft der kommunistischen Distriktsleiter sei erklärt worden, die Berichte der Delegierten müßten bei der KPD-Leitung vorgelegt werden, "wo sie dann sachgemäß ausgearbeitet würden" 106. Neben verstärkter Gegenpropaganda in ihrer Presse griff die SPD vor allem zu administrativen Maßnahmen. Eine ganze Reihe von Arbeiterdelegierten wurde aus der Partei ausgeschlossen. Dabei scheint allein die Teilnahme an solchen Delegationen nicht das ausschlaggebende Kriterium gewesen zu sein. So wurde Xaver Freibergers Ausschluß

¹⁰⁰ Richard Buschhardt (SPD Leipzig): Aufgaben der Opposition in der SPD, in: Die Einheit Nr. 11 vom 26. 5. 1927; Willi Bennewitz: Wir und die Parteiopposition, ebenda, Nr. 19 vom 17. 9. 1927.

¹⁰¹ Fritz Heckert: Umstellung! in: Die Einheit Nr. 16/17 vom 10. 6. 1929.

¹⁰² Vgl. Die Einheit Nr. 16 vom 3. 8. 1927, S. 329–331; "An die Freunde der Einheitsbewegung", Die Einheit Nr. 24 vom 26. 11. 1927. Zu dem Erfolg hat wohl auch der Wettbewerbscharakter der Unterschriftensammlung beigetragen. Die zehn erfolgreichsten Sammler durften an der Delegation teilnehmen.

¹⁰³ Zur Mitgliederzahl der KPD siehe Winkler, Normalität, S. 445.

^{104 &}quot;Arbeiterdelegationen nach Rußland", Vorwärts Nr. 333 vom 17. 7. 1925; Artur Crispien: Rußlandreisen, in: Vorwärts Nr. 348 vom 25. 7. 1925.

^{105 &}quot;Die Wahrheit über die Rußlanddelegation", Vorwärts Nr. 457 vom 25. 9. 1925, 2. Beilage.

¹⁰⁶ Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz. Berlin 1925. [Nachdr. Glashütten u. a. 1974], S. 82.

Anfang 1926 seitens des Parteivorstandes damit begründet, daß Freiberger bei der Organisation von Berichtsversammlungen mit der KPD zusammengearbeitet und erklärt habe, die Einführung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster in Rußland wäre ein Verbrechen. Dies widerspreche, erklärte ihm brieflich der Parteisekretär Johannes Stelling, nicht nur den Grundsätzen der SPD, sondern auch den Beschlüssen des SAI-Kongresses in Marseille¹⁰⁷.

Gegen den Versuch, eine KPD-freundliche Opposition in der SPD aufzubauen, waren die Ausschlüsse gewiß das effektivste Mittel. Die Proteste der Betroffenen blieben ohne Widerhall¹⁰⁸. In propagandistischer Hinsicht blieb die SPD aber zunächst wohl im Hintertreffen. Die Zurückweisung einer Delegation der Bergarbeiter-Internationale durch die sowjetischen Behörden wegen der von ihr vorgeschlagenen menschewistischen Dolmetscher wurde nicht breiter thematisiert¹⁰⁹. Theodor Dans "Leitfaden für Arbeiterdelegierte", der auch vom ADGB vertrieben wurde, entstand nicht, wie Claus Remer meint, auf Initiative des Vorstandes der SPD, sondern der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik¹¹⁰.

Als jedoch die zweite deutsche Arbeiterdelegation vom 27. Juli bis 14. September 1926 im wesentlichen auf denselben Routen wie die erste reiste und auch zu denselben Ergebnissen kam¹¹¹, nutzte die SPD die Gelegenheit zu einer propagandistischen Gegenoffensive. Die sowjetischen Behörden hatten nämlich gleichzeitig einem Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressedienstes die Akkreditierung verweigert. "Eingelassen werden gemeinhin nur Leute, von denen man voraussetzen kann, sie würden von den Festreisen, die man für sie veranstaltet, in entsprechender Stimmung berichten", kommentierte der Vorwärts¹¹². Der "Fall Heinig" (so der Name des verhinderten Korrespondenten) wurde von der sozialdemokratischen Presse ausgiebig als Beleg für die manipulativen Absichten behandelt, die die Sowjetregierung mit den Arbeiterdelegationen verfolgte¹¹³. Die Rechtfertigungsversuche der Einheit, die sogar eine eigene

¹⁰⁷ Stellings Brief ist abgedruckt in Freiberger, Sowjetrußland und die Sozialdemokratie, S. 4. Freiberger wurde bald darauf KPD-Mitglied.

¹⁰⁸ Vgl. dazu "Ausgeschlossene Rußlanddelegierte" Die Einheit Nr. 4 vom 15. 2. 1927; Sowjetrußland - wir und unser Parteivorstand; Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll [...]. [Nachdr. Glashütten und a. 1974], S. 225 f.

¹⁰⁹ Quellen zur Gewerkschaftsbewegung, Bd. 3,1.2: Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924–1930. Bearb. von Horst A. Kukuck und Dieter Schiffmann. Köln 1986. Dok. 63: 29./30. 8., 2. 9. 1925 Sitzung des Bundesausschusses, S. 503–516, hier: S. 504; Heinrich Löffler: Studienfahrten nach Rußland, in: Gewerkschaftszeitung, Nr. 2 vom 9. 1. 1926; "Eine unerwünschte Delegation", RSD Nr. 39 vom 14. 10. 1925; "Eine deutsche Gewerkschaftsdelegation nach Rußland", "Einheit" Nr. 5 vom 1. 4. 1926.

¹¹⁰ Theodor Dan: Sowjetrußland, wie es wirklich ist. Ein Leitfaden für Rußlanddelegierte. Prag 1926; Remer, Deutsche Arbeiterdelegation, S. 184. Zur Entstehungsgeschichte von Dans Broschüre vgl. den Briefwechsel mit der DSDAP im Nl. Dan, Mappe 16.

Manifest der 2. Delegation, abgedruckt bei Remer, Die drei großen, S. 362. Die zweite und dritte Delegation sowie weitere Jungarbeiter-, Lehrerdelegationen etc. werden hier nicht genauer behandelt. Die erste Delegation gab das Muster vor und war politisch am wichtigsten.

^{112 &}quot;Rußland und der "Vorwärts", Vorwärts Nr. 418 vom 5. 9. 1926.

¹¹³ "Die russische Mauer", Vorwärts Nr. 421 vom 7. 9.; "Kommunistisches Russentheater", Vorwärts Nr. 445 vom 21. 9.; "Rußland und der "Vorwärts", Vorwärts Nr. 460 vom 30. 9.; "Rußland für sozialdemokratische Journalisten gesperrt", LVZ Nr. 208 vom 7. 9. 1926; "Journalisten willkommen – nur Sozialisten nicht!", RSD Nr. 39 vom 28. 9. 1926 (mit Hinweis auf den Parallelfall eines polnischen sozialistischen Journalisten).

Broschüre zu dem Vorgang herausbrachte, blieben wenig überzeugend¹¹⁴, denn das propagandistische Prinzip der "Arbeiterdelegationen" war ja gewesen, daß die sowjetische Realität jeden, der sie eingehend studierte, von der Überlegenheit des Sozialismus kommunistischer Machart überzeugen mußte¹¹⁵. Weiteres Terrain im Kampf um das Bild von der Sowjetunion gewann die SPD kurz darauf durch die Enthüllung der geheimen Militärbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und der damit verbundenen Kampagne gegen die KPD¹¹⁶.

Zehn Jahre nach der Oktoberrevolution

"Am 7. November feiert ihr das zehnjährige Bestehen der Sowjetrepublik. Ihr sollt es in dem Bewußtsein tun, daß das deutsche Proletariat mit ganzem Herzen bei Euch ist", stand in dem Aufruf der Einheit zu lesen, den 250000 deutsche Arbeiter unterschrieben hatten¹¹⁷. Aber wenn darunter wohl auch der eine oder andere Sozialdemokrat war – zumindest jene 34, die an der dritten deutschen Arbeiterdelegation teilnahmen¹¹⁸ –, fielen die sozialdemokratischen Würdigungen des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution im allgemeinen weniger herzlich aus. Sie standen unter dem Eindruck der inneren Kämpfe in der KPdSU, die kurz darauf in Stalins Sieg über die vereinigte Linksopposition um Trotzki und Sinowjew mündeten. Die Artikel, die zu dem Jubiläum in der sozialdemokratischen Presse erschienen, geben ein gutes Bild von dem Meinungsspektrum, das in der SPD bezüglich der Sowjetunion existierte.

Peter Garwy sprach im *Vorwärts* von einem "Jubiläum ohne Freude". Stalin wolle die Feiern im Vernichtungskampf gegen die Opposition instrumentalisieren. Die Repressionen gegen diese basierten aber gerade auf dem, was Trotzki gewollt habe, dem Zusammenwachsen von Partei und Staat¹¹⁹.

Ein weiterer Leitartikel, der vermutlich von Friedrich Stampfer stammt, stellte das zehnjährige Jubiläum der Oktoberrevolution in einen Zusammenhang mit dem fünften Jahrestag des faschistischen Marsches auf Rom. Darin wurde die bereits von Crispien auf dem Berliner Parteitag von 1924 vorgetragene These, daß der Bolschewismus dem Faschismus den Boden bereite, erneuert. Rußland und Italien hätten die politische Entwicklungsstufe von Staaten wie Deutschland, Frankreich und England nicht hinter, sondern noch vor sich. Trotz des Vergleichs mit dem faschistischen Italien fanden sich in dem Artikel doch noch vergleichsweise positive Töne über die Sowjetunion: "Die deutsche Sozialdemokratie kann die politischen Herrschaftsmethoden des Bolschewismus nicht billigen, aber sie kann seine kulturellen und ökonomischen Leistungen vorurteilslos würdigen. Sie verwirft jeden Versuch, ihn von innen oder außen mit Gewalt

¹¹⁴ Hans Beck: Der "Fall" Heinig, in: Die Einheit Nr. 17 vom 1. 10. 1926. Vom gleichen Autor auch die Broschüre mit dem gleichen Titel.

¹¹⁵ Daneben hatten die Arbeiterdelegationen wohl auch noch die zweite Funktion, der Bevölkerung der Sowjetunion durch die ausländischen Gäste demonstrieren zu lassen, wie gut es ihr ging. Auf diese Funktion, von der die intensive Berichterstattung der sowjetischen Presse über die Delegationsbesuche zeugt, kann hier jedoch nicht eingegangen werden.

¹¹⁶ Siehe Kapitel 8.

¹¹⁷ Wie Anm. 102.

¹¹⁸ Remer, Die drei großen, S. 348.

^{119 &}quot;Zehn Jahre Sowietdiktatur. Ein Jubiläum ohne Freude", Vorwärts Nr. 505 vom 25. 10. 1927.

zu stürzen, sie stellt sich also keineswegs auf den Standpunkt, daß sein Sturz für Rußland und die übrige Welt ein Glück wäre. "120

Die Sozialistischen Monatshefte teilten diese "menschewistische" Orientierung nicht. Sie überließen die Jubiläumsbeiträge zur russischen Revolution Vertretern der Sozialrevolutionäre, für die die Februarrevolution die eigentliche russische Revolution war¹²¹. Die Oktoberrevolution würdigte deren prominentestes Opfer, der gestürzte Ministerpräsident Kerenskij, in den Monatsheften als ein "Jubiläum der Reaktion". Das bolschewistische Experiment, dem Rußland geopfert worden sei, erklärte er für gescheitert. Erstaunlich sei das Unvermögen der europäischen Sozialisten, den Bolschewimus als Rückschritt zu erkennen¹²².

In der neuen Zeitschrift der SPD-Linken, Klassenkampf, die zum zehnjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution eine eigene Rußlandnummer herausbrachte, erinnerte der österreichische Marxist Max Adler hingegen daran, daß die Regierung Kerenskij den Krieg fortgeführt habe. Die Oktoberrevolution habe die "erste wirklich befreiende Macht gegen den Krieg" ans Ruder gebracht und zugleich die soziale Revolution eingeleitet¹²³. Die Sowjetunion sei "auch noch heute trotz aller inzwischen erlebten Enttäuschung eine Vorpostenstellung des Proletariats"¹²⁴. Adler warnte vor allzu negativer Kritik an ihr. Dadurch würde in der Arbeiterschaft das Solidaritätsgefühl mit Rußland beeiträchtigt. Er erklärte den Bolschewismus als eine den dortigen spezifischen Verhältnissen angemessene Erscheinung. Die außerrussischen kommunistischen Parteien seien dagegen zu bekämpfen¹²⁵. Dagegen kritisierte Theodor Dan den Leninismus als einen "modernen Jakobinismus", der einer bonapartistischen Entwicklung in Rußland den Boden bereite¹²⁶. Bauernmacht oder Bonapartismus lautete für den LVZ-Redakteur Hugo Saupe die Alternative, auf die sich die von ihm als spezifisch russisch und antifeudalistisch eingestufte Oktoberrevolution zubewege¹²⁷.

Paul Levi hatte in seiner eigenen Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft die Sowjetunion als erstarrtes System gekennzeichnet¹²⁸ und den Sieg Stalins über die Par-

^{120 &}quot;Allerlei Jubiläen. Moskau und Rom", Vorwärts Nr. 514 vom 30. 10. 1927.

Wladimir Sensinow: Der geschichtliche Sinn der russischen Märzrevolution, in: SM vom 14. 3.1927, S. 173–175; Viktor Tschernow: Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands und ihre Stellung in der Agrarrevolution, in: Ebenda, S. 176–183; Mark Wischniak: Die Idee der Revolution Rußlands, in: SM vom 27. 6. 1927, S. 448–454.

¹²² Alexander Kerenskij: Das Jubliäum der Reaktion, in: SM vom 14. 11. 1927, S. 871-873. Die Sozialistischen Monatshefte orientierten als einzige Gruppe in der SPD ihr Rußlandverständnis an den Auffassungen der Sozialrevolutionäre. Die menschewistische Emigration, die sonst in "russischen Fragen" weithin die SPD-Publizistik dominierte, kam bei ihnen nicht zu Wort. Zur Erklärung dieses Umstandes kommen zwei Gründe in Betracht: Die SM verstanden sich als Organ des Revisionismus. Von daher mußten ihnen die Sozialrevolutionäre näher stehen als die orthodox marxistischen Menschewiki. Zum zweiten entsprach die frankophile Haltung der Sozialrevolutionäre den kontinentalpolitischen Auffassungen, die die SM verfochten.

¹²³ Max Adler: Die dritte Internationale und wir, in: KK Nr. 3 vom 1. 11. 1927, S. 68-73, hier: S. 69.

¹²⁴ Ebenda, S. 70.

¹²⁵ Ebenda, S. 71-73.

¹²⁶ Theodor Dan: Leninismus, ebenda, S. 89–96. Dan hatte zunächst erhebliche Bedenken gegen eine Mitarbeit beim "Klassenkampf" gehabt; vgl. Dan, Letters, S. 359–362. Kritisch zu Dan: Arthur Rosenberg: Noch einmal Leninismus, in: KK Nr. 6 (1927) S. 172–175.

¹²⁷ Hugo Saupe: Zum 10. Jahrestage der Sowjetunion, in: LVZ Nr. 260 vom 7. 11. 1927.

¹²⁸ Paul Levi: Nach zehn Jahren, in: SPW Nr. 44 vom 4. 11. 1927.

teiopposition vorausgesagt, da er der Vollstrecker der Interessen der russischen Bauernschaft sei. Levi kritisierte dabei besonders die NEP, die die Arbeiterklasse geschwächt habe¹²⁹. Zur Rußlandnummer des *Klassenkampf* trug Levi einen Artikel mit dem Titel "Der Terror in Rußland" bei, in dem er die bemerkenswerte Aussage machte: "Wir wollen nicht erörtern, was in Rußland an Akten des Terrors von oben geschieht. Genau weiß man es nicht: jedes Wort zuviel, das wir sagten, würde als 'Antibolschewismus' angekreidet, und das möchten wir vermeiden."¹³⁰

Wieder einmal war Levis Standpunkt nicht repräsentativ für die deutsche Sozialdemokratie. Diese beteiligte sich vielmehr durchaus mit Nachdruck an der internationalen Kampagne für eine politische Amnestie in der Sowjetunion. Den Anlaß dafür hatte die sowjetische Jubiläumsamnestie gegeben, von der politisch Verfolgte ausgeschlossen worden waren. Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen und vollständiger Abschaffung der Todesstrafe, die vor allem die Menschewiki energisch erhoben hatten¹³¹, fand Ende 1927/28 auch einen stetigen Widerhall im *Vorwärts*¹³². In einer ganzen Reihe von deutschen Städten veranstaltete die SPD im Dezember 1927 und Januar 1928 Versammlungen mit menschewistischen Rednern, bei denen zumeist auch Solidäritätserklärungen mit den verfolgten Sozialisten Rußlands verabschiedet wurden¹³³.

Namens der SAI wandten sich die beiden Vorsitzenden der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen, der Belgier Louis de Brouckère und Artur Crispien, am 1. Dezember an das sowjetische Staatsoberhaupt Kalinin. Nachdem ihre Forderung nach einer politischen Amnestie unbeantwortet geblieben war, sandten sie am 2. Februar 1928 ein zweites Schreiben ab, in dem auch gegen die inzwischen erfolgte Verbannung von Trotzki und anderen Mitgliedern der linken innerparteilichen Opposition der KPdSU protestiert wurde. Aber auch dieser Brief blieb ohne Resonanz¹³⁴.

Der Vorgang war symptomatisch für den Stand, auf dem sich die Beziehungen zwischen der internationalen Sozialdemokratie und der Sowjetunion jetzt befanden. Bei der Berliner Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees 1922 hatten die Kominternvertreter aus Rücksicht auf die Anhänger der Sozialdemokratie, die sie für sich zu gewinnen hofften, Garantien für die inhaftierten Sozialrevolutionäre zugestanden. Doch die Hoffnung auf die Revolution im Westen (wie später auch in China) war

¹²⁹ Paul Levi: Dem Ende zu, in: SPW Nr. 46 vom 18. 11. 1927.

¹³⁰ Paul Levi: Der Terror in Rußland, in: KK Nr. 3 vom 1. 11. 1927, S. 85f., hier: S. 85.

¹³¹ D. Dalin: Amnestie und Todesstrafe, in: RSD Nr. 42 vom 26. 10. 1927; R. Abramowitsch: Amnestie! in: RSD Nr. 43/44 vom 2. 11. 1927.

Moskaus Jubiläumsgaben. Wo bleibt die politische Amnestie?", Vorwärts Nr. 491 vom 17. 10. 1927; "Sozialistenschicksale in Sowjetrußland. Die ergänzungsbedürftige Novemberamnestie", Vorwärts Nr. 521 vom 3. 11.; "Abschaffung' der Todesstrafe in Rußland. Neue Todesurteile", Vorwärts Nr. 522 vom 4. 11.; "Arbeiterverfolgungen in Sowjetrußland. Unzureichende Jubiläumsamnestie", Vorwärts Nr. 532 vom 10. 11.; "Sozialistenkerker der Sowjetunion", Vorwärts Nr. 574 vom 5. 12.; "Amnestiepraxis in Preußen und Rußland", ebenda, Nr. 575 vom 6. 12. 1927.

^{133 &}quot;R.S.I. i bor'ba za amnistiju v rossiju" [Die SAI und der Kampf für die Amnestie in Rußland], Socialističeskij Vestnik Nr. 1 vom 12. 1. 1928; "Russkie s.-d. pered inostrannymi rabočami" [Russische Sozialdemokraten vor ausländischen Arbeitern], ebenda, Nr. 4 vom 21. 2. 1928.

¹³⁴ Dritter SAI-Kongreß, Bd. 1, S. 29f.

enttäuscht worden. Entsprechend Stalins Doktrin vom "Sozialismus in einem Land" zog sich die Sowjetunion stärker auf sich selbst zurück. Die rudimentäre direkte Kommunikation in dem Familienzwist zwischen Sozialdemokratie und Sowjetunion war von Moskau abgebrochen worden. Eine weitere Verschärfung des Kampfes zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie kündigte sich an.